



JAHRESRÜCKBLICK 2025

**Wie sich Rechtsextremismus im Alltag
festsetzt – und Engagierte dagegenhalten**



Zum Bundesverband Mobile Beratung

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von rund 50 Mobilen Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten. Wir vernetzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner*innen für Politik und Medien zur Verfügung.

Für mehr Informationen zum Bundesverband Mobile Beratung: bundesverband-mobile-beratung.de



Die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus

Die rund 50 Mobilen Beratungsteams sind bundesweit für alle ansprechbar, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen engagieren wollen – seien es Einzelpersonen, Organisationen, Schulen, Betriebe, Politiker*innen oder zivilgesellschaftliche Bündnisse.

Eine Liste mit allen Mobilen Beratungsteams finden Sie hier: bundesverband-mobile-beratung.de/mobile-beratung/#Beratungsteams

Inhalt

1. EINLEITUNG	2
2. NEUE NORMALITÄT: DIE EXTREME RECHTE IM JAHR 2025	2
2.1 AfD	3
2.2 Junge Neonazi-Gruppen.	3
2.3 Vorfälle bundesweit	4
3. WIE DEMOKRATISCHE POLITIKER*INNEN ZUR NORMALISIERUNG BEITRAGEN . . . 5	
3.1 „Gemeinsame Sache“ mit extrem Rechten	5
3.2 Angriffe auf demokratisches Engagement	5
4. BESORGT, ABER ENTSCHEIDEN: DIE DEMOKRATISCHE ZIVILGESELLSCHAFT . . 7	
4.1 Wer wurde beraten?	7
4.2 Vor welchen Herausforderungen stehen Engagierte?.	7
4.3 Welche Maßnahmen waren wirksam?	8
Recherche & Information: Rechtsextreme Räume schmälern	8
Kultur & Festivals: Demokratische Räume schaffen	9
Gespräche & Leitbilder: Demokrat*innen stärken	9
Kreativität: Spielräume nutzen, Hürden überwinden	9
Protest: Rechtsextremen widersprechen, Haltung zeigen	10
5. FAZIT: WAS JETZT ZU TUN IST	10

1. Einleitung

Neonazi-Angriffe auf csds, Schulschließungen nach Drohmails, Waffenfunde bei einem AfD-Politiker: Rechtsextremismus hat 2025 nahezu täglich für Schlagzeilen gesorgt.¹ Doch was ist jenseits dieser Ereignisse passiert? Wie hat sich die extreme Rechte 2025 entwickelt? Und welche Maßnahmen haben Menschen ergriffen, um die Demokratie vor Ort zu schützen?

Der vorliegende Jahresrückblick trägt das Wissen von rund 50 Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus zusammen. Sie sind in allen 16 Bundesländern aktiv, regional vernetzt und beraten Menschen, Institutionen und Organisationen, die sich für Demokratie engagieren.

Die wichtigsten Inhalte im Überblick:



1. **Die extreme Rechte hat sich im Alltag verfestigt:** Die AfD ist zweitstärkste Kraft im Bundestag und hofft auf eine Regierungsbeteiligung im Osten, junge Neonazis nehmen Einfluss an Schulen und Vertreter*innen demokratischer Parteien treiben zunehmend auch auf Bundesebene die Normalisierung der AfD voran.



2. **Ob in Schulen, Vereinen, Bündnissen oder Behörden: Demokratisch Engagierte gehen besorgt aus dem Jahr heraus.** Angriffe auf ihr Engagement gehen immer häufiger auch von demokratischen Politiker*innen aus und es ist deutlich schwieriger geworden, Rechtsextremismus zu problematisieren. Entsprechend hoch ist der Bedarf an Unterstützung: Die Anfragen an die Mobile Beratung haben 2025 ein neues Rekordhoch erreicht.



3. **Trotz aller Herausforderungen haben sich Menschen für Demokratie eingesetzt.** Viele sind gerade jetzt motiviert, Haltung zu zeigen. Engagierte haben gegen rechtsextreme Veranstaltungen protestiert, mit Straßenfesten Räume für Zusammenhalt geschaffen und an Schulen haben Lehrkräfte Formate erarbeitet, um demokratische Jugendliche zu stärken. Fakt ist aber auch: Wo die extreme Rechte besonders stark ist, sind Engagierte vor allem mit Abwehrkämpfen befasst.



4. **Die Lage ist ernst und muss als ernst erkannt werden.** Rechtsextremismus untergräbt unsere Demokratie und alle sind gefordert, sie zu verteidigen: mit Solidarität und Rückendeckung für marginalisierte Gruppen, mit Investitionen in Bildung und Jugendarbeit und mit einer verlässlichen Finanzierung der Opfer-, Ausstiegs- und Mobilen Beratung.

2. Neue Normalität: Die extreme Rechte im Jahr 2025

Die Beobachtungen der Mobilen Beratungsteams bundesweit zeigen: Die extreme Rechte hat sich 2025 im Alltag verfestigt, sie strebt nach Macht und hat unter Jugendlichen Hochkonjunktur. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren etablierte Neonazi-Milieus, Akteur*innen der „Neuen Rechten“,

Reichs- und Verschwörungsideolog*innen sowie das rechtspopulistische Onlineportal „Nius“ – allen voran aber die AfD und junge Neonazi-Gruppen. Die nachfolgenden Abschnitte konzentrieren sich daher auf diese beiden Akteur*innen.

2.1 AfD

Die extrem rechte² AfD hat sich 2025 als selbsternannte Volkspartei weiter etabliert und auch in Westdeutschland deutlich mehr Wähler*innen hinter sich versammelt. Bei der Bundestagswahl wurde sie mit 20,8 Prozent zweitstärkste Kraft und damit größte Oppositionspartei.³ Mit weitaus mehr Geld, Personal und Räumen kann die AfD stärker denn je die Bundespolitik beeinflussen und demokratische Parteien vor sich hertreiben.

Auch auf kommunaler Ebene hat die AfD ihren Einfluss ausgebaut: In etwa der Hälfte aller ostdeutschen Kreistage und kreisfreien Städte ist sie die größte Fraktion oder gleichauf mit anderen.⁴ Zudem stellt sie mehrere Bürgermeister, zum Beispiel in Sachsen-Anhalt. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen (NRW) hat sie ihr Ergebnis auf 14,5 Prozent fast verdreifacht.⁵ Ihr Erfolg ist aber nicht ungebremst: Bei den Stichwahlen zu Bürgermeister*innen- und Landratsposten ist die AfD 2025 sowohl in NRW als auch in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern leer ausgegangen.⁶

Inhaltlich setzte die Partei 2025 vor allem auf die Themen Migration, Gender, Klima und „politische Neutralität“, die sie für ihre extrem rechte Agenda instrumentalisierte. Mit Infoständen, Bürgerdialogen, Großveranstaltungen und Festen sicherte sie ihre Ansprechbarkeit vor Ort, mit Social-Media-Auftritten ihre Sichtbarkeit im Netz. Zudem hat sie ihre Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft verstärkt: Mit Anfragen und Anträgen versuchte die AfD mehr denn je, zivilgesellschaftliche Akteure zu stigmatisieren und einzuschüchtern – darunter auch Träger wie die Diakonie und den Paritätischen Wohlfahrtsverband.⁷ Flankiert wurden diese Angriffe vom rechtspopulistischen Onlineportal „Nius“, das 2025 immer wieder gegen einen vermeintlichen „NGO-Komplex“ polemisierte.⁸

Die AfD arbeitet weiter mit Neonazis zusammen, duldet Personen mit Neonazi-Vergangenheit in ihren Reihen oder lässt sie Ämter bekleiden.⁹ Vertreter*innen des bisherigen, als gesichert rechtsextremistisch eingestuften Jugendverbands der Partei, der „Jungen Alternative“, haben sich nach dessen Auflösung Anfang 2025 mit internen Veranstaltungen und Netzwerktreffen auf die Gründung einer neuen Jugendorganisation vorbereitet.¹⁰

2.2 Junge Neonazi-Gruppen

Neben der AfD haben 2025 vor allem junge Neonazi-Gruppen das Bild des Rechtsextremismus geprägt. Bereits 2024 hatten rechtsextreme Jugendliche begonnen, sich in neuen Gruppen wie „Jung & Stark“ oder „Deutsche Jugend Voran“ zu organisieren und gegen

die „Christopher Street Days“ (csd) zu mobilisieren. 2025 waren diese Gruppen – unter ähnlichen, aber häufig wechselnden Bezeichnungen – in allen Bundesländern aktiv und zeigten sich zunehmend offen in Schulklassen, Chatgruppen und auf der Straße.

Die Altersspanne der Mitglieder und Anhänger*innen reichte 2025 von 10 bis Mitte 20. Die meisten Gruppen haben weder eine feste Struktur noch führende Köpfe: Viele organisieren sich lose über Freundeskreise und Freizeitaktivitäten. Doch etablierte Neonazi-Parteien wie „Die Heimat“ und „Der III. Weg“ sowie ihre Jugendorganisationen haben versucht, die Jugendlichen an sich zu binden.¹¹ Die Aufmärsche gegen die csds etwa, die 2024 noch junge Neonazis in losen Cliques organisiert hatten, wurden 2025 vielerorts von etablierten Strukturen durchgeführt.¹² Zudem veranstalteten diese Lager, Wanderungen und Ausflüge, um Jugendliche zu schulen und disziplinieren.¹³ Ihr Ziel dahinter: eine neue Generation überzeugter Neo-Nationalsozialist*innen zu formen.

Teilweise greifen die rechtsextremen Jugendlichen auf Stilelemente von Neonazi-Skinheads der 1990er Jahre zurück, sie nutzen aber auch neuere Symbole wie den „White-Power-Gruß“. Besonders besorgniserregend ist ihre Gewaltbereitschaft: Übergriffe durch rechte Jugendliche haben nicht nur zugenommen, sie sind auch brutaler geworden.¹⁴ In mehreren Bundesländern kam es 2025 zu Angriffen auf Hausprojekte, Jugendzentren, politische Initiativen und queere Einrichtungen. Vermummte Jugendliche griffen mit Schlagstöcken bewaffnet Räumlichkeiten an, versuchten, in Gebäude einzudringen und diese in Brand zu setzen.¹⁵ Hinzu kamen – wie schon 2024 – zahlreiche queerfeindliche Übergriffe bei den csds.¹⁶ Auffällig ist, dass die Täter*innen immer jünger sind: Die im Mai festgenommenen mutmaßlichen Mitglieder der Terrorgruppe „Letzte Verteidigungswelle“ etwa waren 14 bis 18 Jahre alt.¹⁷

Die Präsenz junger Neonazi-Gruppen machte sich 2025 auch an Schulen bemerkbar: In Klassenräumen, auf dem Schulhof, in Pausen oder bei Schulveranstaltungen stellten rechtsextreme Jugendliche ihre Ideologien zur Schau und schüchterten demokratische Mitschüler*innen ein. Viele Schulen melden eine Zunahme rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Vorfälle.¹⁸ In Mecklenburg-Vorpommern warnte der Landesschülerrat, an dortigen Schulen sei Rechtsextremismus „teils Normalität“.¹⁹ Auch Wahlergebnisse und -umfragen zeigen, wie weit demokratiefeindliche Einstellungen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbreitet sind: Bei der Bundestagswahl wählten 21 Prozent der 18- bis 24-Jährigen die AfD²⁰, bei der U18-Wahl erhielt die Partei 15,5 Prozent.²¹

2.3 Vorfälle bundesweit

Die Normalisierung von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit war 2025 breit wahrnehmbar: In allen 16 Bundesländern gab es Vorfälle, die die

demokratische Kultur vor Ort herausgefordert haben. Die Karte zeigt ein Beispiel pro Bundesland – und damit nur einen kleinen Ausschnitt.

1 Schleswig-Holstein

Auf Initiative eines TikTokers aus der Region Lübeck finden das Jahr über bundesweit Demonstrationen unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ statt. Sie sind Anlaufpunkt für die gesamte extreme Rechte.²²

2 Hamburg, 7. Februar

Im Hamburger Stadtteil Ottensen laufen junge Männer nachts durch die Straßen, rufen rassistische Parolen und greifen Passant*innen an.²³

3 Mecklenburg-Vorpommern, 6. August

Bei einer Razzia im Wohnhaus des AfD-Kreistagsabgeordneten Philip Steinbeck findet die Polizei scharfe Schusswaffen und Sprengstoff.²⁴

4 Bremen, 16. Januar

Während eines Prozesses gegen drei Neonazis werden die Autos einer Zeugin und eines Journalisten beschädigt. Spätere Ermittlungen zeigen, dass die Tatverdächtigen zur Neonazi-Gruppe „Weser-Ems Aktion“ gehören.²⁵

5 Niedersachsen, 20. Juli

In Dünen organisieren Rocker aus dem Umfeld der „Hells Angels“ ein Kampfsport-Event mit mehr als 150 Besucher*innen. Neonazis aus mehreren Bundesländern nehmen teil und zeigen mitunter verbotene Symbole.²⁶

6 Brandenburg, 15. Juni

In Bad Freienwalde greifen verummigte Personen ein Demokratifest an und verletzen mehrere Menschen. Mindestens ein Tatverdächtiger gehört zur rechtsextremen Szene.²⁷

7 Berlin, 29. März

An einem Aufmarsch des „III. Weg“ in Marzahn-Hellersdorf nehmen 250 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Circa 100 Anwohner*innen stehen am Straßenrand und klatschen.²⁸

8 Nordrhein-Westfalen, 17. Mai

In Gelsenkirchen wird der „Christopher Street Day“ (CSD) abgesagt. Wegen Bedrohungen im Vorfeld des CSD sahen die Veranstalter*innen die Sicherheit der Teilnehmenden gefährdet.²⁹

11 Thüringen, 1. Mai

Zum 1. Mai versammeln sich rund 1.000 extrem Rechte in Gera, darunter Mitglieder der Partei „Die Heimat“ sowie Rapper des Labels „Neuer Deutscher Standard“.³²

12 Hessen, 22. Juni

Nach mutmaßlichen sexuellen Übergriffen im Freibad Gelnhausen instrumentalisiert die AfD die Taten für rassistische Stimmungsmache.³³

13 Rheinland-Pfalz, 3. Oktober

In Gauersheim organisieren Anwohner*innen einen Bürgerdialog. AfD-Anhänger*innen kommen dazu und stören laut Polizei den Dialog. Teilnehmende berichten von Bedrohungen.³⁴

14 Baden-Württemberg, 3. März

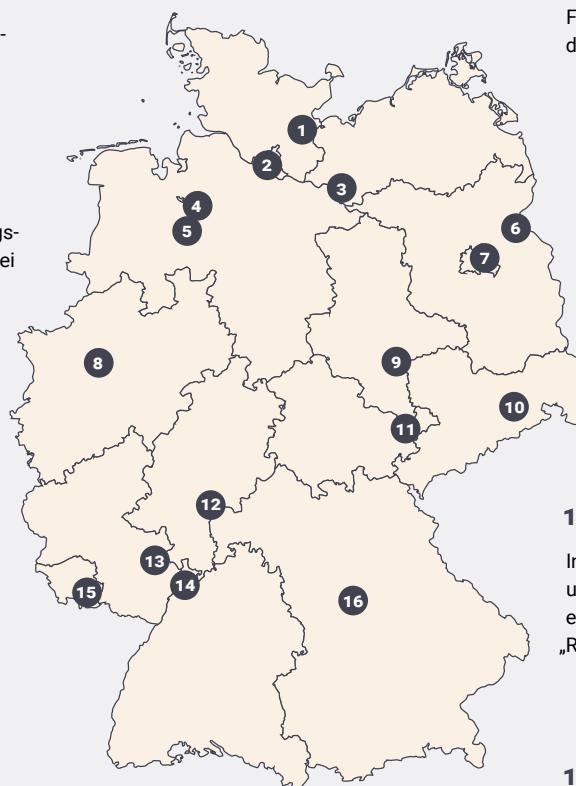
In Mannheim rast ein Mann in eine Menschenmenge und tötet zwei Personen. Laut Recherchen war er Teil vom „Ring Bund“, einer Gruppe aus dem „Reichsbürger“-Spektrum.³⁵

15 Saarland, 26. Juli

In Neunkirchen versammeln sich etablierte und junge Neonazi-Gruppen, AfD-Anhänger*innen und Querdenker*innen zu einer Nachfolgedemo der „Gemeinsam für Deutschland“-Reihe. Auch Kinder nehmen daran teil.³⁶

16 Bayern

In Nürnberg finden fast wöchentlich Demos der Initiative „Team Menschenrechte“ statt. Neben „Querdenkern“ nehmen daran auch Neonazis und andere Rechtsextreme teil.³⁷



9 Sachsen-Anhalt, 8. und 9. November

In Halle findet erstmals die extrem rechte Buchmesse „Seitenwechsel“ statt – ein Novum in dieser Größe.³⁰

10 Sachsen, 15. Februar

Zum 80. Jahrestag der Bombardierung Dresdens marschieren rund 2.500 Neonazis durch die Stadt – fast drei Mal so viele wie im Vorjahr.³¹

3. Wie demokratische Politiker*innen zur Normalisierung beitragen

Die überwiegende Mehrheit der demokratischen Politiker*innen in Deutschland steht für Demokratie und gegen Rechtsextremismus ein. Auch die Anhänger*innen konservativer Parteien sind größtenteils gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD.³⁸ Doch 2025 hat mehr denn je gezeigt, wie gefährdet dieser Konsens ist: Vertreter*innen demokratischer Parteien haben Stimmen der AfD in Kauf genommen, rechte Veranstaltungen besucht und demokratisches Engagement angegriffen – nicht „nur“ auf kommunaler Ebene, sondern zunehmend auch auf Landes- und Bundesebene. Damit haben sie die Normalisierung extrem rechter Forderungen und Narrative weit vorangetrieben.

3.1 „Gemeinsame Sache“ mit extrem Rechten

Trotz der Beobachtung durch den Verfassungsschutz wird die extrem rechte AfD von einigen demokratischen Politiker*innen zunehmend wie ein „normaler“ politischer Wettbewerber behandelt. Am deutlichsten zeigte sich das 2025 auf kommunaler Ebene³⁹, aber auch auf Landes- und Bundesebene gab es Annäherungen.

! Kommunale Ebene

In Torgau (Sachsen) beschloss der Stadtrat mit Stimmen der CDU einen Antrag der AfD, wonach der Oberbürgermeister ein Konzept zur Arbeitsverpflichtung von Asylsuchenden und Bürgergeld-Bezieher*innen vorlegen soll.⁴⁰

Im Jerichower Land (Sachsen-Anhalt) entschied der Kreistag auf Antrag der AfD mit CDU-Stimmen, alle Schulen und öffentlichen Gebäude in Trägerschaft des Landkreises mit einer Deutschlandfahne zu beflaggen. Die AfD sieht darin ein Bekenntnis zur „eigenen Nation“ im Sinne einer „Schicksals- und Bekenntnisgemeinschaft“. „Ein bisschen Patriotismus kann nicht schaden“, kommentierte der CDU-Kreistagsvorsitzende den Antrag. Ähnliche Beschlüsse gab es in den Landkreisen Nordsachsen (Sachsen) und Sömmerda (Thüringen).⁴¹

! Landesebene

In Mecklenburg-Vorpommern besuchten zwei Landtagsabgeordnete der CDU und FDP das Sommerfest der AfD-Landtagsfraktion. In Thüringen führte der Vorsitzende der BSW-Landtagsfraktion ein Gespräch mit AfD-Fraktionschef Björn Höcke. Weitere ostdeutsche Politiker plädierten für einen offeneren Umgang mit der AfD, darunter der CDU-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag.⁴²

! Bundesebene

Die Bundestagsfraktion von CDU und CSU brachte einen Antrag für ein „faktisches Einreiseverbot“ von Geflüchteten ein, der mit den Stimmen der AfD angenommen wurde – ein Novum im Bundestag.⁴³ Die Unionsfraktion sendete damit eine dreifache Botschaft: an ihre Parteikolleg*innen, dass Abstimmungen mit der AfD in sogenannten Sachfragen kein Tabu sind. An die Öffentlichkeit, dass AfD-Positionen in der Migrationspolitik mehrheitsfähig sind. Und an Schutzsuchende sowie demokratisch Engagierte, dass sie mit ihrer Politik nicht hinter ihnen steht.

Jens Spahn, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag, sprach sich dafür aus, „mit der AfD als Oppositionspartei so umzugehen in den Verfahren und Abläufen wie mit jeder anderen Oppositionspartei auch“.⁴⁴

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Saskia Ludwig nahm an einer Veranstaltung der rechtskonservativen Denkfabrik MCC in Ungarn teil und zeigte sich dort offen für eine Zusammenarbeit mit der AfD. Auf einem Foto ist sie im Gespräch mit AfD-Chefin Alice Weidel zu sehen.⁴⁵

3.2 Angriffe auf demokratisches Engagement

Vereine und Initiativen, die sich für Demokratie engagieren, waren 2025 nicht nur Zielscheibe von Rechtsextremen, sondern auch von demokratischen Politiker*innen. Das zeigte sich vor allem in ostdeutschen Kommunalparlamenten, wo AfD und CDU zusammen mit Abgeordneten anderer Fraktionen Demokratieprojekten Gelder gestrichen oder kommunale

Kofinanzierung verweigert haben. Aber auch auf Landes- und Bundesebene gab es zunehmend Versuche, demokratisches Engagement zu erschweren und in Frage zu stellen.

Befeuert wurden diese Angriffe durch das rechtspopulistische Onlineportal „Nius“, das 2025 gegen einen vermeintlichen „NGO-Komplex“ Stimmung gemacht hat und mit Themenwahl und Duktus eine Scharnierfunktion zwischen der AfD und dem rechten Flügel der CDU wahrnimmt. Mehrere Unionsvertreter*innen zeigten 2025 Nähe zu „Nius“ (s. unten).

Kommunale Ebene

In Meißen (Sachsen) lehnte der Sozial- und Kulturausschuss des Stadtrats Fördermittel für eine Begegnungsstätte des Vereins „Buntes Meißen – Bündnis Zivilcourage“ ab. Neben zwei AfD-Politikern stimmte auch ein CDU-Mitglied gegen die Förderung. Zwei weitere Ausschussmitglieder einer demokratischen Fraktion enthielten sich.⁴⁶

In Salzwedel (Sachsen-Anhalt) stimmte der Stadtrat gegen das Vorhaben des Bürgermeisters, eine „Partnerschaft für Demokratie“ einzurichten. Der Zuwendungsbescheid des Bundes in Höhe von 140.000 Euro lag bereits vor. AfD, CDU und Mitglieder der „Freien Fraktion“ lehnten es jedoch ab, den notwendigen kommunalen Eigenanteil von jährlich 4.500 Euro zu übernehmen. Das Geld war unter anderem für die demokratische Bildung von Kindern und Jugendlichen vorgesehen.⁴⁷

In Jamel (Mecklenburg-Vorpommern) fand zum 18. Mal das Demokratie-Festival „Jamel rockt den Förster“ statt. Statt das Vorhaben zu unterstützen, legten demokratische Politiker*innen den Veranstaltenden Steine in den Weg: Die Gemeindevertretung verlangte erstmals eine hohe Pachtgebühr und der CDU-geführte Landkreis erteilte strenge Auflagen für das Festival. Als ein Teil dieser Auflagen vom Gericht kassiert wurde, suggerierte der CDU-Kreisverband, die SPD-geführte Landesregierung habe politischen Einfluss auf das Gericht genommen.⁴⁸

Landesebene

Im Nachgang der Unions-Anfrage zur „Politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ im Bundestag (s. unten) stellten CDU- und FDP-Landtagsabgeordnete in vier Bundesländern mit ähnlichen Anfragen die Legitimität staatlicher Förderung für zivilgesellschaftliche Organisationen in Frage.⁴⁹

Im Juni gab der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) „Nius“ ein Interview. Darin spricht er von einem „woken NGO-Netzwerk“, mit dem Grüne versuchen würden, „eine Art Meinungsmehrheit zu etablieren“.⁵⁰

Bundesebene

Einen Tag nach der Bundestagswahl stellte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eine Anfrage zur „Politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“. Darin erkundigte sie sich unter anderem nach der Finanzierung von 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Medienportalen.⁵¹ Zuvor hatten rechtspopulistische und -konservative Medien mit Unterstellungen und Falschinformationen Stimmung gegen diese Organisationen gemacht. In ihrer Anfrage griff die Unionsfraktion Anschuldigungen aus den Medienberichten auf.

Im Juli blockierten mehrere Unionspolitiker*innen die Wahl von Frauke Brosius-Gersdorf zur Verfassungsrichterin. Dem vorausgegangen war eine Diffamierungskampagne gegen die SPD-Kandidatin, die „Nius“ und andere rechte Onlineportale angestoßen hatten.⁵²

Bei einer Veranstaltung auf dem Firmengelände von „Nius“-Finanzier Frank Gotthardt verglich Bundestagspräsidentin Julia Klöckner das rechtspopulistische Portal mit der „taz“ und sagte, in der Methodik seien beide Medien „nicht so sehr unähnlich“.⁵³



Die Mobilen Beratungsteams haben 2025 viele unterschiedliche Akteur*innen unterstützt.

4. Besorgt, aber entschlossen: Die demokratische Zivilgesellschaft

Seit fast 25 Jahren unterstützt die Mobile Beratung Menschen und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren – aus der Überzeugung, dass eine starke Zivilgesellschaft die beste Prävention ist. Egal, ob Bündnisse, Betriebe oder Schulen: Es sind die Menschen und Institutionen vor Ort, die die Folgen von Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung als Erste zu spüren bekommen – und die gemeinsam dagegen aktiv werden können.

Die nachfolgenden Kapitel zeigen, welche Akteur*innen 2025 beraten wurden, vor welchen Herausforderungen die Engagierten standen und was sie unternommen haben, um Rechtsextremismus entgegenzuwirken.

4.1 Wer wurde beraten?

Die rund 50 Mobilen Beratungsteams haben 2025 viele unterschiedliche Menschen und Strukturen beraten. Die meisten Anfragen kamen aus dem Kontext Schule – also von Lehrkräften, Schulleitungen, Eltern und Schulsozialarbeiter*innen – sowie von zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Privatpersonen.

Die Beratungsanfragen haben 2025 ein neues Rekordhoch erreicht: In mehreren Bundesländern sind die Zahlen gegenüber 2024 um etwa 20 Prozent gestiegen. Auch die Intensität und Komplexität der Fälle hat zugenommen: An einer Schule in Thüringen etwa hat sich ein Jugendlicher offen als „junger Nationalsozialist“ bezeichnet. „Derartige Vorkommnisse sind längst keine Einzelfälle mehr und zeigen eine besorgniserregende Qualität, die wir bis dato nicht kannten“, so eine Kollegin der Mobilen Beratung vor Ort. Zudem berichten viele Beratungsnehmende, am Rande ihrer Kräfte

und mit vielen Problemen gleichzeitig konfrontiert zu sein. Entsprechend sind auch die Beratungsteams stärker gefordert.

Wegen der hohen Nachfrage mussten einige Teams temporäre Annahmestopps für Beratungsfälle verhängen. Viele Kolleg*innen berichten von einer „absoluten Überlastung“.

4.2 Vor welchen Herausforderungen stehen Engagierte?

Die demokratische Zivilgesellschaft stand 2025 vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Manche haben sich gegenüber dem Vorjahr verstärkt, andere sind neu hinzugekommen:

- ▶ Extrem rechte Einstellungen und Narrative haben sich weiter normalisiert. Ob in der Schule, im Betrieb oder Verein: Rechtsextremismus ist in allen Lebensbereichen präsent. In diesem gesellschaftlichen Klima wird es immer schwieriger, rechtes Gedankengut zu skandalisieren. Insbesondere in Ostdeutschland fehlt es vielerorts an einer aktiven demokratischen Basis, um gemeinsam Haltung zu zeigen.
- ▶ Rechte Anfeindungen und Gewalt haben deutlich zugenommen – vor allem gegenüber marginalisierten Gruppen und Menschen mit demokratischer Haltung. Das führt zu starken psychischen Belastungen und einem erhöhten Unsicherheitsgefühl bei den Betroffenen. Einige haben Angst, sich zu positionieren, und ziehen sich zurück. Der Bedarf an Sicherheitsberatungen ist gestiegen.

- ▶ Zivilgesellschaftliche Organisationen sind immer häufiger Zielscheibe (extrem) rechter Kampagnen: AfD, „Nius“ und andere Akteur*innen diffamieren demokratische Projekte, säen Misstrauen und fordern einen Finanzierungsstopp. Dass Vertreter*innen demokratischer Parteien dieses Misstrauen befeuern und die „Brandmauer“ zur AfD weiter eingerissen haben, drängt Engagierte in die Defensive und schwächt ihr Vertrauen in Politik.
- ▶ Die extreme Rechte droht Verwaltungen, gemeinnützigen Vereinen und Lehrkräften mit Klagen, weil diese mit Äußerungen gegen Rechtsextremismus angeblich gegen das „Neutralitätsgebot“ verstößen. Von behördlicher Seite gibt es zum Thema oft widersprüchliche oder falsche Informationen. Viele scheuen sich deshalb vor einem klaren Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten.
- ▶ Melden Engagierte rechtsextreme Symbole im öffentlichen Raum bei der Verwaltung oder Polizei, werden sie oft nicht ernst genommen. Auch rechte Straftaten werden häufig nicht konsequent genug verfolgt. Hinzu kommen langwierige Bearbeitungsprozesse – etwa von Anträgen zur Nutzung öffentlicher Flächen –, die den Protest gegen extrem rechte Veranstaltungen erschweren.
- ▶ Das Erstarken einer rechtsextremen Jugendkultur trifft auf einen Mangel politischer Bildungsangebote. Bestehende Bildungsträger sind überlastet oder fallen wegen Kürzungen aus. Beratungsstellen, aber auch Lehrkräfte und Sozialarbeitende können den Bedarf wegen fehlender Ressourcen nicht decken.
- ▶ Die verlängerten Haushaltsverhandlungen sowie die Sparzwänge in Bund und Ländern stellen Demokratieprojekte vor extreme Herausforderungen: Mehrere Mobile Beratungsteams, andere Beratungsstellen sowie Bildungsträger mussten 2025 ihr Angebot zurückfahren, für 2026 gibt es zum Redaktionsschluss dieses Berichts (November) keine Förderzusagen. Für Menschen, die Unterstützung brauchen, bedeutet das: lange Wartezeiten und das ungute Gefühl, möglicherweise bald nicht mehr auf diese Unterstützung zurückgreifen zu können.

4.3 Welche Maßnahmen waren wirksam?

Trotz aller Herausforderungen und Rückschläge haben demokratisch Engagierte 2025 zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Rechtsextremismus die Stirn zu bieten. Einige fühlten sich gerade jetzt motiviert, Haltung zu

zeigen. An vielen Orten ist es ihnen gelungen, die extreme Rechte zurückzudrängen.

Doch zur Realität gehört auch: Dort, wo extrem rechte Akteur*innen stark sind und Demokrat*innen besonders unter Druck, waren die Menschen vor allem mit Abwehrkämpfen befasst: Statt Gegenmaßnahmen umzusetzen, mussten sie eigene Handlungsspielräume verteidigen – sowohl gegenüber Rechtsextremen als auch gegenüber demokratischen Parteien – und haben versucht, Zusammenhalt und Solidarität aufrechtzuhalten. Auch das ist als Erfolg zu werten: Trotz des Drucks haben die Menschen nicht aufgegeben.

Die Mobile Beratung stand den Engagierten mit Rat und Tat zur Seite. Unter anderem half sie Lehrkräften dabei, rechtsextreme Vorfälle aufzuarbeiten und demokratische Schüler*innen zu stärken. Sie führte Schulungen durch, um Bündnisse auf öffentliche Veranstaltungen vorzubereiten. Sie informierte Verbände über rechtliche Wege, den Einfluss von Rechtsextremen zu verhindern, und sie unterstützte Verwaltungen dabei, Sicherheitskonzepte zum Schutz von Mitarbeitenden zu entwickeln.

Recherche & Information: Rechtsextreme Räume schmälern

Bleiben Rechtsextreme ungestört, sind alle bedroht, die nicht in deren Weltbild passen – und demokratische Räume schrumpfen weiter. Deshalb behalten zivilgesellschaftliche Akteur*innen – darunter Vereine, Journalist*innen und antifaschistische Gruppen – Rechtsextreme im Blick: Sie dokumentieren, welche Strukturen aktiv sind, welche Strategien sie verfolgen und informieren darüber in der Öffentlichkeit. Dank dieser Arbeit ist es 2025 immer wieder gelungen, rechtsextreme Raumnahme zu verhindern.

Beispiele

Bei der „Kunstnacht“ einer Kleinstadt in Bayern sollte eine Trommelgruppe auftreten, in der Akteur*innen der extremen und verschwörungsideologischen Rechten aktiv sind. Ein zivilgesellschaftliches Bündnis macht die Veranstalter*innen darauf aufmerksam. Diese kündigten den Vertrag mit der Gruppe und der Auftritt fand nicht wie geplant statt.

In Hessen arbeitete ein „Reichsbürger“ für eine örtliche Kreisverwaltung. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen informierten die Kreisverwaltung über die Person und inzwischen besteht das Arbeitsverhältnis nicht mehr.



Auch Schulen waren 2025 mit Rechtsextremismus konfrontiert – und haben vielerorts Haltung gezeigt.

Kultur & Festivals: Demokratische Räume schaffen

An mehreren Orten haben Engagierte 2025 Festivals und Kulturevents organisiert, die nicht die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den Mittelpunkt gestellt, sondern bewusst eigene, positive Akzente gesetzt haben. Mit dem Fokus auf Mut, Spaß und Gemeinschaft wurden neue demokratische Räume geschaffen.

Beispiele

In Halle (Sachsen-Anhalt) fand von September bis November das „Wir-Festival“ statt – ein Gegenangebot zu einer rechtsextremen Buchmesse und Mitzmachfest, das mit Lesungen, Theater und Konzerten ein demokratisches Signal in die Stadtgesellschaft gesendet hat.⁵⁴

Seit 2024 organisiert ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis den „Happy Monday Bautzen“ (Sachsen): An ausgewählten Montagen im Sommer und Herbst stellen sich Engagierte auf dem Marktplatz vor – dazu gibt es Essen, Musik und Gespräche. Das Ziel: ein positives Miteinander stärken, das nicht auf Angst vor Rechtsextremen, sondern auf Spaß beruht.⁵⁵

Gespräche & Leitbilder: Demokrat*innen stärken

Extrem rechte Vorfälle lassen die betroffenen Menschen und Strukturen oft ratlos zurück – und führen mitunter dazu, dass demokratisch gesinnte Personen verstummen. 2025 war das vor allem an Schulen und in Jugendeinrichtungen zu beobachten: Rechtsextreme Jugendliche traten so dominant auf, dass nicht-rechte Jugendliche leiser wurden – aus Angst vor Anfeindungen.

Mithilfe der Mobilen Beratung konnten Lehr- und Fachkräfte dem entgegenwirken: Sie haben Gespräche

organisiert, um demokratische Jugendliche zu stärken und das Klima vor Ort zu verbessern. Aus solchen Gesprächen sind zum Teil Leitbilder und Handlungskonzepte entstanden, die Schulen und anderen Einrichtungen Orientierung für künftige Vorfälle geben.

Beispiele

In einer Schulklassie in Nordrhein-Westfalen haben rechtsextreme Schüler das Klima belastet: Der Rest der Klasse sagte nichts mehr, sobald es um Politik ging. Mit Unterstützung der Mobilen Beratung machte die Lehrkraft eine anonyme Umfrage mit den Schüler*innen, die zeigte, dass die Mehrheit gegen Rechtsextremismus ist. Seitdem trauen sich die demokratischen Schüler*innen, dagegen zu halten.

In einer Jugendwohngruppe in Sachsen-Anhalt beleidigte ein Bewohner einen anderen rassistisch. Die Mitarbeiter*innen sprachen mit den Jugendlichen, stellten mit allen Bewohner*innen Regeln für den Umgang miteinander auf und organisierten eine Fortbildung für ihre Kolleg*innen. Damit stärkten sie die demokratischen Jugendlichen und gaben dem Team Handlungssicherheit für künftige Vorfälle.

Kreativität: Spielräume nutzen, Hürden überwinden

Engagierte haben 2025 auch ungewöhnliche, kreative Wege gefunden: Sie haben demokratische Spielräume genutzt, um rechtsextremen Einfluss zu schmälern oder Hürden zu überwinden, die ihnen von Behörden aufgelegt wurden.

Beispiele

Der Hamburger Verein „Laut gegen Nazis“ hat sich die Markenrechte an der Aufschrift „Döp dö dö döp“ gesichert. Der Slogan steht für den Song „L'Amour

toujours“, der 2024 rassistisch umgedeutet wurde und als „Sylt-Video“ viral ging. Rechtsextreme Shops hatten den Slogan danach auf Kleidung gedruckt und verkauft. Tun sie das weiter, müssen sie jetzt mit rechtlichen Schritten rechnen.⁵⁶

In Jamel (Mecklenburg-Vorpommern) organisiert ein Ehepaar jährlich das Festival „Jamel rockt den Förster“ – als Zeichen gegen die Neonazis im Ort. 2025 verlangte die Gemeindevertretung erstmals eine hohe Pachtgebühr, während andere die Fläche günstig nutzen konnten. Das Ehepaar meldete das Festival daraufhin als politische Versammlung an und konnte es ohne hohe Gebühr durchführen.⁵⁷

Protest: Rechtsextremen widersprechen, Haltung zeigen

Ein seit vielen Jahren bewährtes Mittel gegen Rechtsextremismus ist der Protest gegen extrem rechte Veranstaltungen. Auch 2025 haben Engagierte davon Gebrauch gemacht und mit eigenen Veranstaltungen gezeigt, dass sie Rechtsextremismus widersprechen. In einigen Fällen führte das zur Absage der

rechtsextremen Veranstaltung, in anderen Fällen musste sie woanders stattfinden als geplant.

Nach innen stifteten die Proteste Selbstwirksamkeit und Zusammenhalt. Nach außen zeigen sie: Wir lassen Rechtsextreme nicht ungestört, sondern zeigen Haltung. Bleiben Proteste hingegen aus, nutzen Rechtsextreme die freien Räume und drängen Demokrat*innen in die Defensive.

Beispiele

In Darmstadt (Hessen) hatten Rechtsextreme einen Fackelmarsch geplant. Dem stellten sich rund 800 Demokrat*innen entgegen. Die rechtsextreme Versammlung mit etwa 20 Personen kam nicht vom Fleck und der Fackelmarsch fiel aus.⁵⁸

In Nierstein (Rheinland-Pfalz) eröffnete der AfD-Politiker Carsten Propp ein „Bürgerbüro“, um die Menschen vor Ort an die Partei zu binden. Das Bündnis „Nierstein gegen Rechtsextremismus“ organisierte eine Petition und offenen Protest, bei dem sich die Niersteiner*innen erkennbar gegen die AfD stellten.⁵⁹

5. Fazit: Was jetzt zu tun ist

Für die Demokratie war 2025 ein Jahr mit vielen Rückschlägen: Die AfD ist stärker denn je und hofft 2026 auf eine Regierungsbeteiligung in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Junge Neonazis haben ihren Einfluss an Schulen ausgebaut und die viel beschworene „Brandmauer“ zur AfD hat tiefe Risse. Die Normalisierung des Rechtsextremismus ist in kürzester Zeit weit vorangeschritten.

Trotz dieser Herausforderungen haben demokratisch Engagierte Haltung gezeigt. Ob Bündnisse, Betriebe, Schulen oder Einzelpersonen: Sie alle haben Maßnahmen ergriffen, um Rechtsextremismus die Stirn zu bieten und das Zusammenleben vor Ort zu stärken. Sie alle sind das Rückgrat unserer Demokratie – und sie brauchen dringend mehr Unterstützung. Von Politik und Verwaltung über Medien bis hin zur breiten Zivilgesellschaft: Alle sind gefordert, die Demokratie zu verteidigen. Gerade jetzt, wo die extreme Rechte noch aufzuhalten ist. Wir fordern:

- ▶ **Demokratische Parteien** müssen den Normalisierungstrend durchbrechen und aufhören, die „Brandmauer“ zur AfD weiter einzureißen. Was Studien⁶⁰ seit Jahren zeigen, sollte spätestens

jetzt – mit den jüngsten Umfragewerten der AfD – klar sein: Die Übernahme rechtsextremer Narrative spielt allein Rechtsextremen in die Hände. Was wir stattdessen brauchen, ist das geschlossene Eintreten für Menschenrechte, eine Politik, die die Schwächsten stärkt und tatsächliche Probleme wie Gesundheits- und Wohnraumversorgung anpackt, sowie Rückhalt für die vielen mutigen Menschen, die sich demokratisch engagieren. Ihr Einsatz darf nicht länger in Frage gestellt und angegriffen werden.

- ▶ Auch **Institutionen, Betriebe und Vereine** müssen sich klar von Rechtsextremismus abgrenzen – insbesondere auf Leitungsebene. Wo Kolleg*innen oder Mitglieder von Rechtsextremen angefeindet werden, brauchen sie den Rückhalt von Entscheidungsträger*innen und Vorgesetzten. Für demokratische Leitbilder und Satzungen heißt das: Sie dürfen keine Papiertiger sein, sondern müssen gelebt werden.
- ▶ Aus **Westdeutschland** ist häufig zu hören, Rechtsextremismus sei vor allem im Osten ein Problem. Dort, wo die AfD stark ist, müsse man lediglich bis

- zur nächsten Wahl durchhalten – dann sei das Problem verwunden. Fakt ist aber: Durchhalten reicht nicht, um Demokratie zu verteidigen. Es braucht den Einsatz aller – gerade auch im Westen.
- ▶ Um Schulen und Jugendeinrichtungen besser für den Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aufzustellen, müssen **Bund und Länder** massiv in das Bildungssystem und die Jugendarbeit investieren – personell wie finanziell. Lehrkräfte brauchen mehr Fortbildungen, Jugendliche mehr politische Bildung und Schulen einheitliche Handlungsempfehlungen, etwa zum Umgang mit rechtsextremen Vorfällen.
 - ▶ **Landesministerien und Kommunalverwaltungen** müssen niedrigschwellige Informationen zum Umgang mit dem „Neutralitätsgebot“ bereitstellen, um Verantwortlichen in Schulen, Behörden und anderen Institutionen Rechtssicherheit zu geben. Ein gutes Beispiel ist die Interpretationshilfe des Familienministeriums in Rheinland-Pfalz.⁶¹
 - ▶ **Medien** dürfen Rechtsextremen nicht länger ein unkritisches Podium bieten. Die AfD lässt sich inhaltlich nicht stellen, sondern verbreitet ihre demokratifeindliche Propaganda, wo sie kann – sei es im Talkshow-Auftritt bei Markus Lanz oder im ARD-Sommerinterview. Wer dagegen viel mehr Aufmerksamkeit erhalten sollte, sind Menschen, die besonders von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus betroffen sind: Es sind ihre Perspektiven und Forderungen, die eine Bühne brauchen.
 - ▶ Die **Bundesregierung** muss endlich eine verlässliche Grundlage für die Förderung der Opfer-, Ausstiegs- und Mobilen Beratung schaffen. Auch 2026 ist die Arbeit der rund 200 Mobilen Berater*innen nicht abgesichert. Zudem hat das Bundesbildungsministerium eine Überprüfung von „Demokratie leben!“ und für 2027 eine neue Förderrichtlinie angekündigt. Das schafft Unsicherheiten – insbesondere bei Menschen, die in diesen schweren Zeiten Unterstützung brauchen.

Fußnoten

Alle in den Fußnoten genannten Links wurden zuletzt am 07.11.2025 abgerufen.

- 1 [LSVD+ – Verband Queere Vielfalt: Alltag – Queerfeindliche Gewaltvorfälle in Deutschland; Zeit: Duisburger Sekundar- und Gesamtschulen bleiben am Montag geschlossen; NDR: Razzia bei AfD-Politiker löst Sorge vor Gewaltbereitschaft der Partei aus](#)
- 2 Im Mai 2025 stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die AfD bundesweit als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ ein. Nachdem die AfD dagegen klagte, gab das BfV eine „Stillhaltezusage“ ab. Heißt: Bis zur Gerichtsentscheidung setzt das BfV die Einstufung vorläufig aus und bezeichnet die AfD öffentlich nicht mehr als gesichert rechtsextremistisch. Die Gründe für die Hochstufung aber bleiben.
- 3 [Bundeswahlleiterin: Bundestagswahl 2025 – Endgültiges Ergebnis](#)
- 4 [Websites der ostdeutschen Kreistage und kreisfreien Städte, eigene Berechnung](#)
- 5 [Landeswahlleiterin des Landes Nordrhein-Westfalen: Kommunalwahlen 2025](#)
- 6 [Bayerischer Rundfunk: NRW-Stichwahlen – AfD-Kandidaten unterliegen deutlich; Tagesspiegel: AfD scheitert weiter bei Bürgermeisterwahlen in Brandenburg; NDR: Stichwahlen – Keine Landrats-Posten für AfD-Kandidaten in MV](#)
- 7 [Landtag Baden-Württemberg: Drucksache 17/8453; Abgeordnetenhaus Berlin: Drucksache 19/23259](#)
- 8 [LobbyControl: Neue Studie – Wer steckt hinter den Kampagnen gegen die Zivilgesellschaft?](#)
- 9 Nur zwei Beispiele: Der AfD-Ortsbürgermeister von Roßlau (Sachsen-Anhalt), [Laurens Nothdurft](#), war früher in der Neonazi-Gruppe „Heimat-treue Deutsche Jugend“ aktiv. Auch [Sebastian Koch](#), Vorsitzender des AfD-Kreisverbands im Altmarkkreis Salzwedel, trat früher in neonazistischen Zusammenhängen in Erscheinung.
- 10 [Tagesschau: Wie sich die neue AfD-Jugend aufstellt](#)
- 11 [t-online: Rechtsextreme nähern sich an – „Sie wollen die Präsenz auf der Straße erhöhen“](#)
- 12 Zum Beispiel in [Dresden](#) und [Magdeburg](#)
- 13 siehe etwa [Recherche Nord: Vorbild Hitlerjugend – die „Jungen Nationalisten“ feiern Sonnenwende in Brandenburg](#)
- 14 [Weisser Ring Magazin: Angriffe auf Minderheiten und den Staat; Zeit: Zahl rechtsextremer Straftaten junger Menschen steigt stark an](#)
- 15 [rbb: Luckenwalder Jugendzentrum wird Ziel offenbar rechter Angriffe; analyse & kritik: Neue rechte Jugend?; WDR: Rechtsextreme greifen Dortmunder Kneipe „Hirsch-Q“ an; taz: Angriff auf queeres Leben](#)
- 16 [LSVD+ – Verband Queere Vielfalt: Alltag – Queerfeindliche Gewaltvorfälle in Deutschland](#)
- 17 [Tagesschau: U-Haft für fünf mutmaßliche Rechtsterroristen](#)
- 18 [n-tv: Rechtsextreme Vorfälle an Schulen nehmen zu](#)
- 19 [Spiegel: Rechtsextreme Entgleisungen „teils Normalität“](#)
- 20 [Tagesschau: Stimmanteile bei 18-24-Jährigen im Vergleich zu 2021](#)
- 21 [Deutscher Bundesjugendring: U18-Bundestagswahl 2025 – Endgültiges Wahlergebnis](#)

- 22 [Tagesschau](#): „Gemeinsam für Deutschland“-Demos – Protest, Gegenprotest, Warnung
- 23 [Hamburger Morgenpost](#): „Ausländer raus“-Gegröle in der Nacht – Rassistischer Vorfall schockt Ottensen
- 24 [Spiegel](#): Polizei beschlagnahmt Schusswaffen und Sprengstoff bei AfD-Politiker
- 25 [buten un binnen](#): Prozess um Bremer Brandanschlag – Auto der Nebenklägerin beschädigt; [Polizei Bremen](#): Ergebnisse der Durchsuchungen gegen rechtsextremistische Gruppierung
- 26 [Endstation Rechts](#): Hells Angels, Neonazis und ein Box-Event
- 27 [taz](#): Nach Angriff auf Fest in Bad Freienwalde – Durchsuchung bei Neonazi
- 28 [Berliner Zeitung](#): Dritter Weg – Neonazi-Demo eskaliert in Hellersdorf
- 29 [Queer.de](#): Warum wurde der CSD in Gelsenkirchen abgesagt?
- 30 [MDR](#): Halle – Kulturschaffende kritisieren rechte Buchmesse
- 31 [Zeit](#): Junge Neonazis halten den Dresdner Opfermythos am Leben
- 32 [MOBIT](#): Im Blick 2/2025 – Dokumentation extrem rechter Aktivitäten in Thüringen
- 33 [Hessenschau](#): Innenminister Poseck wirft AfD Stimmungsmache vor
- 34 [SWR](#): Nach AfD-Eklat in Gauersheim – Experte: „AfD folgt rechtsextremistischem Muster und will Menschen verunsichern“
- 35 [Exif Recherche](#): Täter aus Mannheim Teil einer Neonazigruppe
- 36 [Saarländischer Rundfunk](#): Demo aus der rechten Szene und Gegendemos in Neunkircher Innenstadt
- 37 [Bayerischer Rundfunk](#): Querdenker, AfD und Neonazis – Wie sich Demonstranten vernetzen
- 38 [RTL Media Hub](#): RTL/ntv Trendbarometer; Ende Oktober riefen mehrere CDU-Mitglieder die Plattform „Compass Mitte“ ins Leben. Sie fordern unter anderem, der Unvereinbarkeitsbeschluss mit der AfD müsse „für alle politischen Ebenen“ gelten und die CDU dürfe keine Anträge stellen, die nur mit Stimmen der AfD eine Mehrheit bekommen können.
- 39 Eine [Studie](#) zeigt, dass es von Mitte 2019 bis Mitte 2024 in ostdeutschen Landkreisen häufig zu Kooperationen mit der AfD kam: Etwa ein Fünftel aller AfD-Anträge fand die Zustimmung anderer Abgeordneter. Dieser Trend ist 2025 ungebrochen.
- 40 [chronik.LE](#): AfD beantragt De-Facto-Verbot von Anti-Nazi-Festival und Arbeitspflicht für Asylsuchende in Torgau
- 41 [Volksstimme](#): Erste Schule in Sachsen-Anhalt – Roland-Gymnasium in Burg hisst Deutschlandflagge; [Leipziger Volkszeitung](#): AfD in Nordsachsen will Dauerbeflaggung an kreiseigenen Gebäuden und Schulen; [Thüringer Allgemeine](#): Kreis Sömmerda will Flagge zeigen
- 42 [NDR](#): Mehrere Verbands-Vertreter zu Gast bei AfD-Sommerfest in MV; [Zeit](#): Thüringer BSW-Fraktionschef trifft sich mit Björn Höcke; [Tagesschau](#): Brandmauer-Debatte in der Union brodelt weiter
- 43 [Bundestag](#): Drucksache 20/14698; [Tagesschau](#): „Ein schwarzer Tag für unsere Demokratie“
- 44 [ntv](#): Spahn will mit AfD umgehen „wie mit jeder anderen Partei“
- 45 [Correctiv](#): Begegnung mit Weidel – CDU-Politikerin Ludwig sprach in Ungarn über AfD
- 46 [Sächsische Zeitung](#): AfD verhindert mithilfe der CDU Fördergelder an Buntes Meißen; [Tolerantes Sachsen](#): Vereinsförderung Buntes Meißen e.V. gestrichen – CDU unterstützt erneut die AfD im Meißen Stadtrat bei der Abstimmung
- 47 [MDR](#): Stadtrat in Salzwedel stimmt gegen Demokratieprojekt – und verliert Fördergeld
- 48 [NDR](#): Streit um Jamel-Festival – CDU-Kritik an Justiz sorgt für Widerspruch
- 49 In [Mecklenburg-Vorpommern](#), [Sachsen](#) und im [Saarland](#) ging die Anfrage von jeweils einem*einer CDU-Abgeordneten aus, in [Nordrhein-Westfalen](#) von zwei FDP-Abgeordneten.
- 50 [taz](#): Söder bei Reichelt-Portal „Nius“ – Keine Plattform für Söder
- 51 [Bundestag](#): Drucksache 20/15035
- 52 [polisphere](#): Die Causa Brosius-Gersdorf
- 53 [LobbyControl](#): Zu große Nähe – Julia Klöckner und der Mann hinter NIUS; [Spiegel](#): SPD kritisiert Julia Klöckner für Aussage über „taz“ und „Nius“
- 54 [Website des „Wir-Festivals“](#)
- 55 [Website des „Happy Monday Bautzen“](#)
- 56 [Website von „Laut gegen Nazis“](#)
- 57 [Website von „Jamel rockt den Förster“](#)
- 58 [Dokunetzwerk Rhein-Main](#): Rechter Aufmarsch zur Brandnacht in Darmstadt
- 59 [Allgemeine Zeitung](#): 2.500 Unterschriften gegen AfD-Büro in Nierstein-Schwabsburg
- 60 siehe zum Beispiel [Universität Mannheim](#): Radikal rechte Parteien zu kopieren hilft der Mitte nicht – im Gegenteil; [Konrad-Adenauer-Stiftung](#): Fallbeispiele für den Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Europa – Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung
- 61 [Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz](#): Interpretationshilfe zum Umgang mit dem Neutralitätsgebot

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesverband Mobile Beratung e. V.
Heidestrasse 3
01127 Dresden

0351 500 54 16
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

Printexemplare können per Mail unter
bestellung@bundesverband-mobile-beratung.de
bestellt werden.

V.i.S.d.P.: Grit Hanneforth, Geschäftsführerin
im Bundesverband Mobile Beratung e. V.

REDAKTIONSSCHLUSS

10. November 2025

REDAKTION

André Aden, Sina Feldkamp, Stephanie Heide,
Jennifer Pross, Dominik Schumacher

FOTOS

Cover: IMAGO / serienlicht
Kapitel 4: picture alliance/dpa / Patrick Pleul

LAYOUT

DGA Design Gobber Albrecht GmbH

URHEBERRECHTLICHE HINWEISE

© Copyright 2025 Bundesverband Mobile Beratung e. V.
Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für
nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung
gestellt. Die Herausgebenden behalten sich das Ur-
heberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung,
auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher
Zustimmung der Herausgebenden gestattet. Darüber
hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein
Belegexemplar zugeschickt werden.

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die Hinweise in diesem Jahresbericht wurden nach
bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Rich-
tigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informatio-
nen übernehmen die Herausgeber*innen keine Gewähr.

GENDERSTERNCHEN

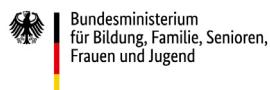
Der BMB nutzt das sogenannte Gendersternchen
(auch: Asterisk), um eine geschlechtergerechte
Sprache abzubilden. Geschlechtergerechte Sprache
hat zum Ziel, alle Menschen unabhängig von ihrem
Geschlecht und ihrer geschlechtlichen Identität ein-
zubeziehen und gleichzeitig darauf aufmerksam
zu machen, dass es mehr Geschlechtsidentitäten als
weiblich und männlich gibt. Der Asterisk fällt auf und
kann irritieren – genau das ist gewollt: Er soll zum
Nachdenken anregen und die Vielfalt von Geschlech-
tern sichtbar machen.

FÖRDERHINWEIS

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen
tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die
Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Demokratie *leben!*



BUNDESVERBAND
MOBILE BERATUNG 